

Abg z Nationalrat
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER



DIE GRÜNEN

Der Grüne Klub im Parlament

A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698

Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883

Email: infopool@gruene.at

Web: <http://www.gruene.at>

XXIV.GP.-NR

Nr. 124 /Pet.

30. Sep. 2011

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

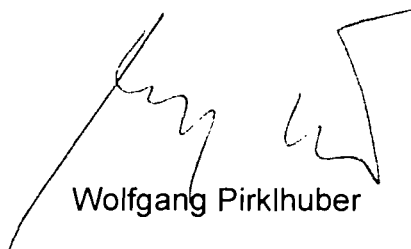
Wien, 30. September 2011

Betreff: Petition der Landeshauptstadt Klagenfurt bezüglich der gänzlichen oder teilweisen Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Pragmatisierung

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR überreiche ich die Petition der Landeshauptstadt Klagenfurt bezüglich der gänzlichen oder teilweisen Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Pragmatisierung mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Pirkhuber

Bitte Berücksichtigung an dieses Brief



Christian Scheider

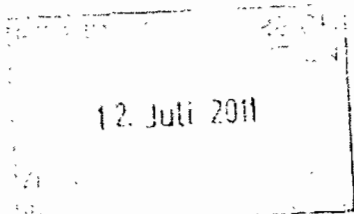
Klagenfurt am Wörthersee

Bürgermeister

Eingeliefert am

Zi
R. 11. Juli 2011

An die
Nationalratspräsidentin
Frau Mag. Barbara Prammer
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien



Klagenfurt am Wörthersee, 08. Juli 2011

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin,

in der Anlage übermittle ich Ihnen die vom Stadtsenat der Landeshauptstadt Klagenfurt verabschiedete Resolution vom 01. Juli 2011 bezüglich der gänzlichen oder teilweisen Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Pragmatisierung.

Als Bürgermeister der Landeshauptstadt Klagenfurt ersuche ich Sie, eine entsprechende diesbezügliche Gesetzesänderung zu prüfen und umzusetzen.

Hochachtungsvoll

Christian Scheider
Bürgermeister der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee



DER BÜRGERMEISTER
DER LANDESHAUPTSTADT
KLAGENFURT AM WÖRTHERSEE

An die Mitglieder
des Nationalrates

Resolution

des Klagenfurter Stadtsenates vom 1. Juli 2011

In der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee wurde in den letzten Wochen eine lebhafte politische Diskussion rund um die in der Österreichischen Bundes-Verfassung gesetzlich vorgeschriebenen Pragmatisierung der im September 2010 angelobten Klagenfurter Magistratsdirektorin geführt. Bis auf Klagenfurt verfügen alle übrigen 14 Österreichischen Statuarstädte über pragmatisierte Magistratsdirektoren.

Die aktuelle Diskussion in Klagenfurt hat die in diesem Bereich auftretende Diskrepanz zwischen Einhaltung der Bundes-Verfassung einerseits und Organisation einer modernen, kostensparenden und effizienten Verwaltung andererseits, deutlich aufgezeigt. Auch die breite Öffentlichkeit sieht die Pragmatisierung bereits seit längerem als ungerecht und überholt an. Generell entspricht die Pragmatisierung nicht mehr den Anforderungen einer zeitgerechten, bürgerfreundlichen Verwaltung.

Es sollten daher rechtliche Rahmenbedingungen als Alternative zur gesetzlich vorgeschriebenen Pragmatisierung geschaffen werden, da diese meist mit einem Aufstieg im Gehaltsschema der jeweiligen Institution und einer damit verbundenen finanziellen Besserstellung zusammenhängen. Weiters ergeben sich Nachteile hinsichtlich der eingeschränkten Flexibilität in der Personalbewirtschaftung, dem eigenen Pensionsrecht und der Parallelität mehrerer gleichzeitig geltender Dienstrechte, die zu wesentlichen Administrationsbelastungen in den Personalverwaltungen führen.

DER BÜRGERMEISTER
DER LANDESHAUPTSTADT
KLAGENFURT AM WÖRTHERRSEE

Die gänzliche oder teilweise Abschaffung der Pragmatisierung war auch schon mehrmals Inhalt politischer Programme. Um einen Schutz der Beamtenschaft vor politischer Willkür und Einflussnahme sowie die Gesetzestreue der Verwaltung zu gewährleisten, muss eine für alle Gemeinden, Städte und den Bund geltende neue gesetzliche Regelung gefunden werden. Im Österreich-Konvent wurde zu dem Thema bereits ein Lösungsvorschlag erarbeitet, demnach ein ausdrücklicher Verfassungsauftrag bestehen soll:

„Unparteilichkeit, Gesetzestreue und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sind zu sichern.“

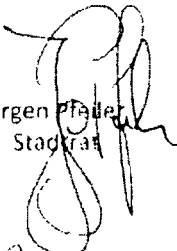
Zudem muss die Gewährleistung einer effizienten Personaladministration und die Sicherung einer unparteilichen, gesetzestreuen Verwaltung mit entsprechenden dienstrechtlichen Maßnahmen Berücksichtigung finden, ohne für eine übermäßige Beunruhigung öffentlich Bediensteter zu sorgen. In diesem Sinne regt die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee den Nationalrat als das zuständige Gremium an, eine entsprechende Gesetzesänderung hinsichtlich Pragmatisierung zu prüfen und umzusetzen.

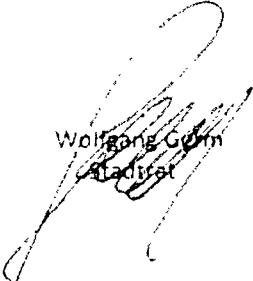
Für die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee

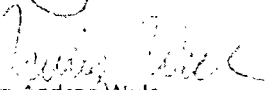

Albert Günzer
Vizebürgermeister

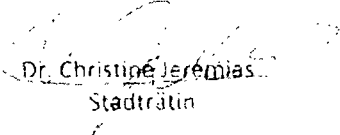

Christian Scheider
Bürgermeister


Dr. Maria-Luise Mathiaschitz
Vizebürgermeisterin


Jürgen Pfaller
Stadtrat


Wolfgang Grün
Stadtrat


Mag. Andrea Wulz
Stadträtin


Dr. Christine Jeremias
Stadträtin